

Anhang 182.3 zum Text 182.0

Vom Verrat der Demokratie und Ökonomie

von den Linken, den Mittigen und den Rechten,
die alle glauben, das politisch Richtige zu erkennen und zu tun

Tristan Abromeit

Ende 2025

00

Grünes Wachstum oder grünes Schrumpfen

– was hilft uns aus der Krise?

(alternativ: - was hilft uns weiter?)

von

Frank Bohner

Juli 2025

7. Juli 2025

Frank Bohner

Grünes Wachstum oder grünes Schrumpfen – was hilft uns aus der Krise?

(alternativ: - was hilft uns weiter?)

Ausgangssituation: Umweltzerstörung und Verschwendung menschlicher Arbeitskraft

Unsere bisherige Art des Wirtschaftens führt den Planeten in den Untergang. Die Produktion von Unnötigem oder gar Schädlichem, die ausufernde Wegwerfwirtschaft – bereits Rudolf Steiner diagnostizierte eine Verschwendung menschlicher Arbeitskraft – sowie die Ausweitung des Rüstungssektors bringen die Welt nach und nach an den Rand des Abgrunds. Wir belasten Boden, Luft und Wasser – und damit unsere Lebensgrundlagen – mit immer mehr Schadstoffen. Doch Politiker und Wirtschaftsbesitzer, Gewerkschaftler und Journalisten rufen weiter nach Wachstum. Anders ließen sich angeblich viele soziale Probleme nicht lösen.

Dabei erkennen bereits Kinder im Grundschulalter, dass es in einer endlichen Welt kein unendliches Wachstum geben kann. Bereits eine scheinbar niedrige Wachstumsrate von drei Prozent bedeutet aber eine Verdoppelung der Wirtschaftsleistung in nur 23,5 Jahren und eine Vertausendfachung in 235 Jahren. Innerhalb von 470 Jahren müsste eine Wirtschaft nach den Gesetzen der Mathematik folglich um das Millionenfache wachsen: ein Ding der Unmöglichkeit. Mathematiker und Systemtheoretiker sprechen vom sogenannten exponentiellen Wachstum.

Grünes Wachstum?

Auch ein seit einigen Jahren propagiertes „grünes“ Wachstum kann diese Gesetzmäßigkeiten nicht außer Kraft setzen. Da jede Ausweitung der Wirtschaftsleistung mit einem zusätzlichen Ressourcenverbrauch verbunden ist, handelt es sich beim grünen Wachstum um eine gefährliche Augenwischerei. Schließlich sind die Ressourcen des Planeten begrenzt. Eine Tatsache, die bei fortgesetzter Wachstumswirtschaft zwangsläufig zu weiteren grausamen Kriegen um begehrte Ressourcen führen wird. Man stelle sich nur einmal vor, Staaten wie China würden von den westlichen Industrieländern dringend benötigte seltene Rohstoffe nicht mehr an diese verkaufen! Was wird dann geschehen?

... oder grünes Schrumpfen?

Als Alternative zum auf Dauer zerstörerischen Wirtschaftswachstum bleibt uns also nur eine Stabilisierung der Wirtschaftsleistung oder gar deren Rückgang, der seit einiger Zeit – besonders von der Journalistin Ulrike Herrmann, als „grünes Schrumpfen“ bezeichnet wird. „Grünes Schrumpfen“ bedeutet einen Rückgang von Unnötigem und Schädlichem, wohingegen Sinnvolles und Lebensförderndes bei

gleichzeitig zurückgehender Wirtschaftsleistung weiter zunehmen darf. Die Frage, wer eigentlich regeln soll, was „unnötig“ oder gar „schädlich“ sei, muss hier aus Platzgründen ausgeklammert werden. Doch wie schrumpft man eine Wirtschaft, ohne dass soziale Verteilungskämpfe eskalieren und die Armut weltweit noch mehr zunimmt?

Ursachen des Wachstumszwangs

Beantworten lässt sich diese Frage nur, wenn man den Hauptursachen des Wachstums auf den Grund geht. Eine gute Hilfestellung liefert dabei das 1994, also vor bereits dreißig Jahren, erschienene Buch „Geld und Wachstum“. Als Herausgeber dieser Aufsatzsammlung fungierten der renommierte schweizerische Ökonom Hans-Christoph Binswanger und der Wirtschaftsberater Paschen von Flotow. Der Titel sagt es bereits: Der Schlüssel zum Wachstumszwang der Wirtschaft ist, wie Binswanger auch in der Stuttgarter Zeitung vom 26. März 2016 erläuterte, „das Geldsystem“. Dieses sei der „wichtigste Hebel“. Und zwar aus folgendem Grund: In einer Geldwirtschaft halten sich Geldvermögen und Schulden die Waage. Beide Größen sind immer gleich groß. Bei wachsender Verschuldung nehmen folglich auch die Geldvermögen zu. Und je höher die Zinssätze, mit denen die Kredite zu bedienen sind, desto rascher wachsen auch die Geldvermögen. Um deren steigende Ansprüche zu befriedigen, muss die Wirtschaft wachsen.

Exponentielles Wachstum von Vermögen und Schulden

Auch hier wirken die Gesetzmäßigkeiten des exponentiellen Wachstums. Das oben aufgeführte Beispiel eines dreiprozentigen Wachstums bedeutet, wie schon gesagt, eine Verdoppelung eines Vermögens in 23,5 Jahren, was eine Vervierfachung des Ausgangsbetrags nach 47 Jahren und eine Verachtfachung nach knapp 71 Jahren bedeutet, bis man nach nur 235 Jahren bei einer Vertausendfachung des ursprünglichen Betrages und so weiter.

Voraussetzung für die Gültigkeit dieser Berechnung ist natürlich, dass das entsprechende Vermögen im Laufe des betrachteten Zeitraums nicht angegriffen bzw. eine Schuld nicht getilgt wird. Läge der Zinssatz unter dieser Prämisse bei fünf Prozent, würde sich eine Summe bereits nach etwa 14 Jahren verdoppeln, bei 10 Prozent geschieht dies sogar schon nach etwas über 7 Jahren. Bei einem Zinssatz von einem Prozent hingegen bedarf eine Verdoppelung der Ausgangssumme eines Zeitraums von knapp 72 Jahren. Und bei 0,1 Prozent dauert es fast 720 Jahre, bis sich eine Größe verdoppelt hat. Zwischen diesen Szenarien liegen Welten. Ob, um ein Beispiel aus der Ökologie zu nennen, etwa der „Naturverbrauch“ sich bei einer jährlichen Zerstörungsrate von 0,1% erst nach 720 Jahren verdoppelt oder bei 5% bereits nach 14 Jahren: das hat eine gewaltige Bedeutung für die jungen Menschen und vor allem die, die noch gar nicht geboren sind.

Ganz nebenbei begünstigt der beschriebene Mechanismus die ohnehin schon besonders Begüterten: ein Vermögen von hunderttausend Euro – damit wäre man allerdings noch nicht wirklich reich - verdoppelt sich bei einem Zinssatz von 5 Prozent wie bereits dargestellt in ca. 14 Jahren. Das gilt selbstverständlich auch für einen Betrag von zehntausend Euro. Allerdings vergrößert sich der Abstand zwischen beiden Vermögen innerhalb dieses Zeitraums stark: betrug er am Anfang 90 000 Euro, so wächst diese Differenz am Ende auf 180 000 Euro. Auch sie hat sich also

verdoppelt. Die Vermögen der Reichen wachsen somit den Vermögen der weniger Begüterten davon. Besonders krass zeigt sich diese Entwicklung bei den Milliardenvermögen. Denn der einfache Milliardär, der sein Geldvermögen verdoppelt, hat gegenüber dem einfachen Millionär seinen Vorsprung ausgebaut: von anfangs 999 Millionen Euro auf 1998 Millionen. Da wirkt auch der Millionär wie ein armer Schlucker. Es ist vor diesem Hintergrund erstaunlich, dass viele Banken und Wirtschaftsjournalisten Niedrigzinsphasen als Katastrophe für die kleinen Sparer darstellen. Denn die „kleinen“ Leute – wie auch die hoch verschuldeten öffentlichen Haushalte – werden durch das niedrige Zinsniveau entlastet, wohingegen steigende Zinsen vor allem den Inhabern großer Vermögen nützen. Denn deren Vermögenszuwächse erfolgen auf Kosten der relativ Ärmern. Letztere müssen die Zinsen aufbringen, die den Reichen und Superreichen gutgeschrieben werden. Selbst wer gar keinen Kredit aufgenommen hat, zahlt Zinsen: nämlich die in den Verbraucherpreisen enthaltenen Zinsanteile. Schließlich müssen die Unternehmen Zinsen für Kredite und Eigenkapital in die Preise einkalkulieren. So dass letztlich nur etwa 10 Prozent der Haushalte im Ergebnis mehr Zinsen erhalten als sie zahlen: die Ärmern subventionieren so die Reichen.

Kommen wir noch einmal zurück zum Wachstumszwang: auf den Punkt bringt es der Wirtschaftswissenschaftler Fredmund Malik in seinem Beitrag für das oben erwähnte Buch „Geld und Wachstum“ (S. 125): „Der Zwang [zum Wirtschaftswachstum, F.B.] resultiert aus spezifischen, früher eingegangenen Schuldkontrakten...Ein Schuldner ist also gezwungen, nicht nur das Darlehen zu erwirtschaften, ... er muß darüber eine Mehrleistung in Höhe des Zinses erwirtschaften. Dies scheint mir eine der wesentlichsten, wenn nicht überhaupt die entscheidende Ursache für die Wirtschaftsdynamik einer Geldwirtschaft zu sein. Diese Ursache ist von psychologischen und sonstigen Mechanismen völlig unabhängig.“ Weil mehr oder weniger alle Unternehmen verschuldet sind und auch das Eigenkapital der Unternehmen sich verzinsen muss, ergibt sich daraus ein allgemeiner Wachstumszwang.

Ungerechte Verteilung

Folgendes Beispiel kann dies weiter veranschaulichen: Einen Kuchen kann man nur einmal essen. Der „Wirtschaftskuchen“, in der Sprache der Ökonomen auch Bruttoinlandsprodukt (BIP), früher auch Bruttosozialprodukt (BSP) genannt, wird jedes Jahr zwischen Kapitaleinkommensbeziehern und Arbeit Leistenden aufgeteilt. Die Kapitaleinkommensbezieher sind diejenigen, deren Geldvermögen die Banken an die Unternehmen in Form von Krediten weiterverleihen. Diese Kredite sind zu verzinsen. Da die Volkswirtschaft dauerhaft mit einem hohen Fremdkapitalanteil arbeitet, ist die Zinsbelastung also dauerhaft hoch und steigt weiter, wenn die Kredite nicht getilgt bzw. sogar noch ausgeweitet werden. Weil die Kreditgeber das Recht auf den Erstzugriff haben, schließlich sind zuerst einmal die Schuldzinsen zu bezahlen, müssen sich die Arbeit Leistenden – abhängig Beschäftigte und Unternehmer – mit dem Rest des Kuchens zufriedengeben.

Der „Wirtschaftskuchen“ muss bei steigenden Zinslasten also deshalb wachsen, damit auch für die Arbeit Leistenden noch etwas übrig bleibt. Bei einer dauerhaften Stabilisierung der Wirtschaftsleistung, in der Regel als „Nullwachstum“ diffamiert, müssten positive Zinssätze dazu führen, dass nach relativ kurzer Zeit die Kapitaleinkommen aufgrund ihrer stetig wachsenden Zinsansprüche das ganze

Sozialprodukt für sich beanspruchen würden. Für Löhne und Gehälter wäre kein Geld mehr da. „Nullwachstum“ ist aus sozialen Gründen also nur dann durchzuhalten, wenn Zinssätze auf Dauer bei null liegen. Nur in diesem Fall bleiben die Verteilungsverhältnisse konstant. Aber immer dann, wenn die Wachstumsraten der Wirtschaft unter dem allgemeinen Zinsniveau liegen, werden die arbeitenden Menschen im Vergleich zu den Zinsbeziehern ärmer. Abhilfe kann also nur von einem sehr niedrigen Zinsniveau erwartet werden.

Die Konsequenz: ein gerechteres Geldsystem

Letzteres ließe sich dauerhaft durch eine einfache, aber wirkungsvolle Korrektur des Geldwesens erreichen, wie sie zum Beispiel von Rudolf Steiner („alterndes Geld“), Silvio Gesell („rostende Banknoten“) oder John Maynard Keynes („Bancorplan“) vorgeschlagen wurde. Und so kommt auch der italienische Wirtschaftswissenschaftler Geminello Alvi in Binswangers „Geld und Wachstum“ auf S. 242 zum Schluß: „Das Geld von ... Steiner, Gesell oder Keynes scheint mir das Beispiel eines translativen Geldes zu sein“, also eines Geldes, das die Menschen verbindet, anstatt sie zu trennen in eine immer größer werdende Masse von Verarmten und eine kleine Schicht immer reicher werdender Superreicher. Wie kann man sich eine solche Geldreform nun vorstellen?

Wie altert man Geld?

Stimmt man der obigen Analyse zu, dann ist ein ökologisch notwendiges „grünes Schrumpfen“ der Wirtschaft nur bei ganz niedrigen Zinssätzen auch sozialpolitisch möglich und sinnvoll. Nur mit einem „Geld ohne Zinsen und Inflation“, wie Margrit Kennedy titelte, lässt sich die ökologisch-soziale Wende bewältigen.

Die Einführung einer Nutzungsgebühr für Bar- und Giralgeld beispielsweise bewirkt einen kontinuierlichen Fluss des Geldes. Um dieser Gebühr zu entgegen, wird man nicht benötigtes Geld längerfristig anlegen. Dieses längerfristig angelegte Geld geben die Banken – auch sie wollen der Geldrückhaltegebühr ausweichen – als Kredit weiter. Der Geldkreislauf ist damit geschlossen. Durch die Vergrößerung des Kreditangebotes sinkt das Zinsniveau und damit auch der Wachstumsdruck. Eine Stabilisierung der Wirtschaftsleistung, zeitweise sogar ein Schrumpfen, und damit ökologische und soziale Stabilität werden durch die wegfallende zinsbedingte Umverteilung von unten nach oben möglich.

Durch die zu erwartende Verstetigung der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes („Fließendes Geld“) können die Notenbanken die Geldmenge so exakt an die Wirtschaftsleistung anpassen, dass die Inflationsrate auf null sinken wird, ohne dass Stockungen des Geldflusses (Deflationskrise!) zu befürchten wären.

Fazit

Für die technische Umsetzung einer überlebensnotwendigen Geldreform gibt es allerdings verschiedene Vorschläge. Georg F. von Canal hat einige davon in seinem Buch „Geisteswissenschaft und Ökonomie“ vorgestellt. Welche Variante man für geeignet hält, zentrale Menschheitsprobleme zu lösen, hängt entscheidend von der Analyse ab, zu der man tendiert sowie von den Zielen, die man mit dem alterndem Geld erreichen will. Bereits Rudolf Steiner hatte in seinen „Kernpunkten“ einen

regelmäßigen Neudruck von Banknoten bzw. eine „Umprägung“ vorgeschlagen, damit Geld „nicht zurückbehalten werde“. Schließlich steigen durch Geldhortung, also Angebotsverknappung, die Zinsen – mit vielen problematischen Konsequenzen. Tatsächlich läuft nur ein vergleichsweise kleiner Teil der von den Notenbanken ausgegebenen Banknoten im Euroraum auch wirklich um! Ein erheblicher Teil ruht in Tresoren: als Liquiditätspolster, auch in sogenannten Schattenhorten oder dient als Reservewährung in ausländischen Staaten außerhalb des Euroraums. Dass ein erheblicher Teil der Banknoten quasi stillgelegt ist und gar nicht umläuft, ist allerdings schwer vorstellbar für viele Normalbürger, die in der Regel weder über schwarze Kassen verfügen noch einen schwunghaften Waffen-, Menschen- oder Drogenhandel betreiben.

Vom Geldsystem als Wachstumstreiber, um wieder zum Ausgangspunkt zurückzukehren, war zur Zeit Rudolf Steiners und Silvio Gesells zwar noch nicht die Rede. Dennoch könnte die Umsetzung ihrer geldpolitischen Anregungen – „richtig“ ausgeführt – zu auch in ökologischer Hinsicht deutlich spürbaren Verbesserungen führen.

Frank Bohner

Bücher:

Georg F. von Canal: Geisteswissenschaft und Ökonomie (antiquarisch erhältlich)

Helmut Creutz: Das Geldsyndrom

Margrit Kennedy: Geld ohne Zinsen und Inflation. Ein Tauschmittel, das allen dient (antiquarisch erhältlich)

Dieter Suhr: Alterndes Geld (antiquarisch erhältlich)

Lothar Vogel: Die Verwirklichung des Menschen im sozialen Organismus (antiquarisch erhältlich)